

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Glauchau, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.



Anzeiger

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callesberg, Grumbach, Tirschnau, St. Egidien, Wilsdorf, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruhdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 15.15 Mk., monatlich 5.05 Mk. Für die Rückgabe unerlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Thiemmiger Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgepaltenen Korpuspreise 75 Pfg., auswärts 76 Pfg., im Reklamefuß 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Besondere ab. Der zwangsweise Einrückung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 227

Mittwoch, 29. September 1920

70. Jahrg.

Von der Brüsseler Konferenz.

Was bisher über die Verhandlungen der Konferenz gemeldet wurde, ergab ein Bild über das, was wir und die übrige Welt von der Konferenz zu erwarten haben. Es wäre verfehlt, auch nur andeutungsweise sagen zu wollen, was aus den sich bekämpfenden Anschauungen und Begriffen herauskommen wird, und noch viel verfehlt wäre es, sich an die Hoffnung zu klammern, daß die Konferenz für uns nützliche Arbeit leisten wird. Der Vernichtungswille uns gegenüber ist immer noch so stark, daß die wenigen Stimmen, die zu Mäßigung und Entgegenkommen raten, wehrlos verhallen. Wenn trotzdem einige Berichterstatter heute von einer Wendung zum Besseren reden, insbesondere meinen, daß aus den Beratungen doch allerlei Ersprießliches herauskommen werde, so wollen wir diese Hoffnungen als einen Lichtschein lücheln, ohne sie vorläufig teilen zu können. In dem vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Volkes werden sie kaum etwas ändern können.

Nachdem Montag vormittag die Auseinandersetzung des Engländers Brand und allseits nach die Antwort des Ministes Delacroix einigermassen erregten, war die Sitzung am nachmittag und ebenso Dienstag vormittag wieder ganz leer. Trotzdem kann man feststellen, daß die Hoffnungen auf die Ergebnisse der Konferenz etwas besser geworden sind. Man kommt nach und nach zu der Überzeugung, daß man nicht umsonst nach Brüssel gekommen ist. Zu diesem Eindruck hat die Haltung der französischen Delegierten beigetragen. Man hatte zuerst geglaubt, sie würden alles tun, um die Verhandlungen zu stören. Aber jetzt gewinnt man mehr und mehr den Eindruck des Zusammenarbeitens zum allgemeinen Besten. Ueberhaupt kann man feststellen, daß die politische Stimmung von Tag zu Tag mehr in den Hintergrund tritt, und daß man immer mehr nach der Sache wird. Merkwürdigerweise haben gerade die Franzosen dazu beigetragen, indem sie sich weigerten, eine Kritik der Steuerpolitik der einzelnen Länder zuzulassen. Dadurch sind die politischen Gegensätze in den Hintergrund gedrängt worden. Natürlich darf man die Hoffnungen nicht wieder gleich zu hoch gehen lassen. Wenn die Franzosen etwas ernsthaftes Bestreben an den Tag legen, mitzuarbeiten, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß die Pariser Regierung ihre bisherige Politik der Rache aufgeben wird. Die Ausschaltung aller politischen Rücksichten streben neben den Franzosen auch alle diejenigen an, denen daran liegt, daß die Frage der Kapitalabgabe einmal unbegrenzt und unparteiisch beleuchtet wird. Damit hat es seine Schwierigkeiten, weil die Regierungen der meisten Länder jetzt nach dem Kriege in erster Linie auf die Wirtliche der großen Masse Rücksicht nehmen zu müssen glauben. Die große Masse sieht in der Beschneidung des Kapitals das einzige Heil.

Am Schlusse der Debatte, die durch die Rede des Engländers Brand eingeleitet wurde, hat dieser am Dienstag noch einmal zusammengefaßt, was nach seiner Meinung als Grundlage für die Besprechungen der Kommissionen in dieser Frage gelten soll. Er sagte: Zunächst muß man in erster Linie sehen, wo man sparen kann: Abrüstung, Arbeitslosenunterstützung und sonstige Subsidien. Kann man die Ausgaben nicht genügend einschränken, um das Gleichgewicht herzustellen, dann muß man die Erhöhung der Steuern in Frage ziehen. Ferner müssen die Regierungsanstalten nur zu produktiven Zwecken gebraucht werden, außerdem müssen die Anteile innerhalb der Grenzen der Zahlungskraft des betreffenden Volkes bleiben. Dann komme die Konsolidierung der auswärtigen Schulden. Endlich müsse man die Aufhebung der verschiedenen Bestimmungen in Erwägung ziehen, die gegenwärtig nach die Handelsbeziehungen der verschiedenen Länder untereinander behindern. Diese Fragen zu besprechen, soll die Hauptaufgabe der Finanzkommissionen sein.

Der Norweger Bockmann sagte: Delacroix scheint der Ansicht zu sein, daß in Europa nicht viel Bewunderer einer solchen Politik vor-

handen seien. Aber es sei dem entgegenzuhalten, daß, wenn die Demokraten anderer Länder heute mit Recht oder Unrecht eine solche Maßregel verlangen würden, die Finanzminister sich gezwungen sähen, auf sie zu hören. In Norwegen rechtfertige die Lage nicht eine solche Maßregel. Trotzdem befürchte er, daß Norwegen den Antrag mit der Kapitalsabgabe machen werde. Das Volk verlange, daß diejenigen, die während des Krieges ein Vermögen erworben haben, auch den größten Teil der Kosten tragen sollen.

Gemäß der am vorgestrigen Montag beschlossenen Tagesordnung erlatete die deutsche Delegation gestern nachmittag in der Finanzkonferenz den Bericht über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Rede hält Staatsminister Bergmann. In der Einleitung wird zunächst der Dank der deutschen Delegation an den Völkerbund für die Einladung zu dieser Konferenz ausgesprochen. Daran anschließend legt die Rede die heutigen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse des Reiches dar. Dabei sagt Redner u. a.: Während Deutschland vor 1913 im ganzen eine Schuld von 5 Milliarden hatte, beträgt die Schuldenlast am 31. August 1920 240 Milliarden Mark. Wir sehen ferner, daß mit dem Ablauf des Rechnungsjahres 1920 die Schuldenlast noch wesentlich höher sein wird, weil der Vorschlag für 1920, einschließlich des voraussichtlichen Ergebnisses der Verwaltungen von Reichseisenbahn und Post, ein Defizit von mehr als 56 Milliarden ergibt. Bei der Prüfung der Ziffern des jüngst überreichten zurückliegenden Berichtes ergeben sich bei dem Haushalt für 1920 Abweichungen von den Ziffern, welche in dem früheren Ueberblick über die öffentlichen Finanzen Deutschlands angegeben sind. Diese erklären sich dadurch, daß der Vorschlag für 1920 einer starken Umarbeitung hat unterzogen werden müssen. Um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, wird gegenwärtig in Deutschland eine Steuerreform größten Umanges durchgeführt. Vor allem wird in Deutschland neben dem Einkommen auch der Besitz auf das härteste herangezogen, nachdem schon vorher fast die gesamten Kriegsgewinne mit Beschlag belegt wurden. Von den indirekten Steuern ist besonders auf die mit hohen Sätzen ausgelastete Umsatzsteuer hinzuweisen. Für das Jahr 1920 wird aus Steuern ein Eingang von mehr als 37½ Milliarden Mark erwartet. Die deutsche Regierung ist aber in der Besteuerung schon bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Bei der Aufstellung des deutschen Haushaltes wird mit der größten Sparacht verfahren. Die Anstrengungen der Regierung sind aber auch zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage gestiegen. An den Ausgaben infolge des Krieges und der Bedingungen des Waffenstillstandes und Friedensvertrages lassen sich Ersparnisse nicht erzielen.

Allein für die Rechnungsjahre 1919 und 1920 mußten die Kosten der Durchführung des Friedensvertrages mit 47 Milliarden Mark eingeseht werden. Die Unterhaltung des Deutschlands auf der Höhe der Ausgaben des Jahres 1913 auf 22 Milliarden im März 1920. Belgien hat in diesen Schuldenforderungen, welche einen Teil dieser Passiva aufwiegen. Der Umlauf von Papiergeld ist unverändert. Die Handelsbilanz bleibt ungünstig. Die Ausfuhr neigt dazu, sich wieder mehr der Einfuhr zu nähern. Die brennendste Frage bleibt die Wiederaufrichtung stabilisierter Wechselkurse auf den auswärtigen Märkten.

Deutschland lehnt allmählich zur Ordnung zurück und erpönter Weise regt sich auch der Wille zur Arbeit überall im Lande wieder kräftig. Daraus schöpft die deutsche Regierung das Vertrauen, daß bei Beobachtung der größten Sparfamkeit das Land in der Lage sein wird allmählich aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen wieder herauszukommen, insofern diese durch die innere Lage verursacht sind. Um aber wirklich wieder lebensfähig zu werden, die Währungsverhältnisse zu stabilisieren und den internationalen Verpflichtungen in verständiger Weise nachkommen zu können, muß Deutschland in seinem wirtschaftlichen Leben mindestens so weit gehoben werden, daß es am Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen kann. Unser Ziel muß sein, mit dem enormen Passivum der deutschen Handelsbilanz aufzuräumen und eine erhebliche aktive Bilanz zu schaffen. Darin liegt die einzige Möglichkeit, die auf uns lastenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist eine ungeheure Aufgabe, zu deren Lösung die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands allein nicht ausreichen. Wir können das uns vorschwebende Ziel nur in verständnisvoller Zusammenarbeit mit allen erreichen, die auf eine Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in dem zerrütteten Europa oder vielmehr in der ganzen Welt hinarbeiten.

Brüssel, 28. Sept. Das Spezialkomitee hat heute seine Arbeiten aufgenommen, um die bisherigen Ergebnisse der Erörterung in einer Entschließung zusammenzufassen, welche sodann einer Abstimmung der Vollversammlung unterliegen wird. Diese Entschließung soll sich mit der Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben, mit den staatlichen Beugnissen in bezug auf Unternehmungen und mit der Herabsetzung der Rüstungen befassen. Die Entschließung wird voraussichtlich den Staaten empfohlen, ihre Anleihen einzuschranken, ihre auswärtige Schuld zu konsolidieren und schließlich die Frage behandeln, ob die Beschränkungen des inneren und auswärtigen Handels zu beiseiten oder aufrechtzuerhalten sind.

Paris, 28. Sept. Wie die „Agence Havas“ zur Brüsseler Finanzkonferenz meldet, wird die Diskussion über den Wechsel, die wahrscheinlich am Mittwoch stattfinden wird, mit besonderer Spannung erwartet. Das Exposé über diese Frage wird von dem Präsidenten der Nationalbank, Bissering, erlatet werden. Der italienische Senator Ricci gab Einzelheiten über die Kapitalsteuer, wie sie in Italien besteht. In seiner Auseinandersetzung über die finanzielle Lage Frankreichs bezüglich der durch den Krieg gestörten Kapitalarbeit legte er Wert auf die Wiederaufbauarbeit ins Werk gesetzt worden sei, ohne die Wollaten der Friedensverträge zu erwarten. Die gestrige Sitzung wird nach übereinstimmender Ansicht nicht unruhig gewesen sein. Die Konferenz wird morgen die Finanzexperten hauptsächlich die der Zentralmächte, anhören.

Brüssel, 28. Sept. Das belgische Finanzexposé besagt: Die ernsthaften finanziellen Anstrengungen des Landes werden in den nächsten Budgets die Finanzlage noch verbessern, welche als ein deutlicher und entscheidender Fortschritt erscheint. Die öffentliche Schuld fiel von 4625 Millionen im Jahre 1913 auf 22 Milliarden im März 1920. Belgien hat in diesen Schuldenforderungen, welche einen Teil dieser Passiva aufwiegen. Der Umlauf von Papiergeld ist unverändert. Die Handelsbilanz bleibt ungünstig. Die Ausfuhr neigt dazu, sich wieder mehr der Einfuhr zu nähern. Die brennendste Frage bleibt die Wiederaufrichtung stabilisierter Wechselkurse auf den auswärtigen Märkten.

Paris, 28. Sept. Im „Radical“ findet sich heute über die deutsche Finanzkrise eine außerordentlich vernünftige Auslassung. Es heißt darin: Das Deutsche Reich befragt sich über seine Not. Es würde gern zahlen, kann es aber nicht. Wäre es nicht viel besser, seine Unfähigkeit, die Schulden zu bezahlen, festzustellen, die Verpflichtungen die es einging, auf das Verlassen zu bücken und sich mit dem allgemeinen Wiederaufbau Europas zu befassen? — Der Vertreter des „Journal“ in Brüssel hatte eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Finanzkonferenz Gustav Ador. Er erklärte, daß zwar über die Frage der Entschädigung auf der Kon-

ferenz nicht gesprochen werden solle, daß er aber aus der Unterredung, die er mit dem deutschen Vertreter von Bergmann gehabt, die tiefe Ueberzeugung gewonnen habe, daß die deutschen Vertreter von erstem, gutem Willen erfüllt seien. Die Konferenz werde sie aufmerksam anhören und unparteiisch entscheiden. — Das „Echo de Paris“ meldet aus Brüssel, daß die englische Delegation den Antrag einbrachte, über die zur Hebung der deutschen Wirtschaftslage und der Lage der anderen notleidenden Staaten zu ergreifenden Mittel erst nach Abschluß der allgemeinen Beratungen in Erörterungen zu treten. Die Verhandlungen werden sich voraussichtlich bis Mitte Oktober hinziehen.

Poincarés Kampf um Deutschlands Ausfugung.

Zu Pariser „Matin“ jubelt Poincaré über den Wegfall der Genfer Konferenz, was er als den Sieg der Vernunft (!) bezeichnet. Die Erfahrungen von Spa genügt. Frankreich konnte sich freuen, daß es den Deutschen nicht gelungen sei, mit den Alliierten gemeinsam an der Tafel sitzen zu dürfen, um unter den Alliierten Verwirrung anzurichten über die Entschädigungsfrage, da sie ihre Schulden an Frankreich nicht bezahlen wollten. Es wäre besser gewesen, wenn man die Deutschen von dieser Illusion hätte abhalten können, weil sie sich jetzt als die Unzufriedensten aufspielen. Den Franzosen seien nun die Augen geöffnet, und von ihnen sei nicht zu erwarten, daß sie sich noch einmal auf einen unsicheren Weg begeben. In Deutschlands Lokalkität zweifelt Poincaré stark. Wenn man heute die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands feststelle und darauf seine Verpflichtungen aufbaue, vergesse man, daß dies nicht 30 Jahre so bleibt. Die große Gefahr von Genf war, daß man nach den Vorläufen von Sternes handeln und sich nicht auf die Zukunft beinnen wollte, sondern von der Gegenwart alles abhängig zu machen suchte, wodurch Frankreich seine Rechte verlor hätte. Jetzt sei die Entschädigungsmission wieder aufgestellt, um ihre Pflicht zu tun. Die Zeit drängt. Am 1. Mai 1921 müsse sie Deutschland einen festen Plan angeboten haben, der ausgeführt werden wird. Aber zunächst kann diese Kommission nur etwas unternehmen, wenn sie von den Alliierten die Grundlagen zu ihren Arbeiten empfängt. Sollten die grundlegenden Dokumente von den Alliierten nicht aufgestellt werden, dann könne man es erleben, daß der Schatten von Rennes, den man zu der einen Tür hinausgeleitet habe, wieder an der anderen Tür erscheint. Poincaré ist geneigt, anzunehmen, daß Frankreich noch ein heftiger Kampf in dieser Frage bevorsteht.

Rein, dreißig Jahre würde wohl die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht dieselbe sein wie jetzt. Die Wiedergutmachungskommission würde uns vermutlich schon nach wenigen Jahren vollständig zugrunde gerichtet haben. In England aber ist es jetzt, zu zeigen, ob es gewillt ist, sein Versprechen auf der Genfer Konferenz zu halten oder den poincaristischen Treibern nachzugeben.

Wiederbeginn der deutsch-transatlantischen Fahrt.

Am Sonntag, 25. September, machte der auf der Flensburger Schiffsbauwerft erbaute 10 000-Brutto-Registertonnen große Dampfer „Samburg“ seine Probefahrt von Flensburg nach Kiel und wurde auf See von der Reederei der Deutsch-transatlantischen Dampfschiff-Gesellschaft in Hamburg übernommen. Das Schiff ging unmittelbar anschließend durch den Kanal nach Hamburg weiter und wird schon in einigen Tagen seine erste Fahrt nach Niederländisch-Indien antreten. Die „Samburg“ ist das erste nach dem Kriege auf einer deutschen Werft erbaute Schiff, das in deutschen Häfen verbleibt. Seine Reise bedeutet den ersten Anfang einer transatlantischen Fahrt mit deutschen Schiffen nach dem Kriege.

Abermals Kartoffeltransporte angehalten.

Nach Meldungen aus Mannheim sind gestern in Freiburg und Lahr Kartoffeltransporte von den Eisenbahnen zurückgehalten worden. In Birmaßens hat die Bekunungsarmee